

DINGELDEY, IRENE

VARIANTEN DES AKTIVIERENDEN WOHLFAHRTSSTAATES UND NEUE SOZIALE RISIKEN

Irene Dingeldey, Universität Bremen, Zentrum für Sozialpolitik, i.dingeldey@zes.uni-bremen.de

SEKTION SOZIALPOLITIK: NEUE RISIKEN – ALTE SICHERHEITEN II

Der Beitrag will „alte Sicherheiten“ in Bezug auf die Konzepte der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung in Frage stellen. Den Ausgangspunkt bilden dabei veränderte Zielsetzungen im Zuge aktivierender Arbeitsmarktreformen, anhand derer „neue“ Untersuchungsdimensionen für die Beurteilung wohlfahrtsstaatlicher Entwicklung begründet werden. In diesem Sinne wird eine (Re-) Definition von Wohlfahrtsstaatlichkeit entwickelt, welche wohlfahrtsstaatliche Interventionen als Ausgestaltung von Spannungsverhältnissen versteht. In Abwandlung der Kategorien von Esping-Andersen werden

1. *Kommodifizierung und Dekommodifizierung,*
 2. *Staatliche Steuerung und gesellschaftliche Selbststeuerung sowie*
 3. *marktbedingte soziale Ungleichheit und demokratisches Gleichheitsgebot*
- als jeweils entgegengesetzte Pole dieser Spannungsverhältnisse betrachtet.

Anhand des Vergleichs arbeitsmarktpolitischer Reformen in Deutschland, Großbritannien und Dänemark seit den 1990er Jahren werden folgende Fragen beantwortet:

1. Inwiefern zeigen sich länderübergreifende Trends bzw. spezifische nationale Varianten der Aktivierungspolitik?
2. Wie verändern sich familiäre Erwerbsmuster?

Die Ergebnisse untermauern die These, dass in allen drei Ländern ähnliche Veränderungstendenzen zu beobachten sind, die einen generellen Umbau des Wohlfahrtsstaates bestätigen. Innerhalb dieser gemeinsamen Trends ergeben sich - aufgrund unterschiedlicher Ausgangsbedingungen - weitgehend divergente Umsetzungsvarianten, so dass insgesamt eine konvergente Divergenz zu beobachten ist. Vor diesem Hintergrund werden verschiedene Varianten aktivierender Arbeitsmarktpolitik anhand der je spezifischen Ausgestaltung der oben definierten Spannungsverhältnisse charakterisiert. Dabei geht auch die unterschiedliche Entwicklung der Arbeitsmarktteilhabe bzw. der familialen Erwerbsmuster als Folge wohlfahrtsstaatlicher Politik ein und wird als Indikator für den Erfolg der wohlfahrtsstaatlichen Bearbeitung neuer sozialer Risiken bewertet.